

Pressemitteilung

Höhere Kosten zwingen zum Handeln

AOK-Verwaltungsrat beschließt Zusatzbeitrag von 2,49 Prozent

Bremen, 18. Dezember 2024. Der Zusatzbeitrag der AOK Bremen/Bremerhaven bleibt leicht unter dem vom Gesetzgeber festgelegten durchschnittlichen Zusatzbeitragssatz für alle Krankenkassen von 2,5 Prozent. Der Verwaltungsrat der AOK Bremen/Bremerhaven hat in seiner Sitzung am Dienstagabend eine Erhöhung des Zusatzbeitragssatzes von 1,38 auf 2,49 Prozent beschlossen. Hauptgrund dafür sei der starke Anstieg von Preisen und Löhnen in fast allen Lebensbereichen, der sich auch auf das Gesundheitswesen auswirke, hieß es. Deshalb seien die Ausgaben für Gesundheitsleistungen im laufenden Jahr deutlich gestiegen – zum Beispiel für neue und sehr teure Arzneimittel, Klinikbehandlungen und ambulante Therapien. „Gleichzeitig hat es der Gesetzgeber in den letzten beiden Jahren versäumt, die Kosten im Gesundheitswesen wirksam zu begrenzen“ kritisierten gestern die beiden Verwaltungsratsvorsitzenden der AOK Bremen/Bremerhaven, Annette Düring und Marcel Christmann.

„Wir wollen die hohe Versorgungsqualität in Bremen und Bremerhaven erhalten und keine Abstriche bei unseren Leistungen machen“, strichen die beiden Verwaltungsratsvorsitzenden aber auch heraus. Deshalb werde die AOK Bremen/Bremerhaven ihren Versicherten auch weiterhin zusätzliche Leistungen wie Osteopathie oder professionelle Zahnreinigung, die kostenfreien Gesundheitskurse für Bewegung, Ernährung und Entspannung oder auch die kostenlose ärztliche Zweitmeinung bei schwerwiegenden Diagnosen anbieten. Der Verwaltungsrat, der paritätisch mit Versicherten- und Arbeitgebervertretern besetzt ist, unterstütze diese Linie.

„Trotz der Unsicherheiten in der Gesundheitspolitik haben wir uns entschieden, unsere Mitglieder und Arbeitgeber im kommenden Jahr nicht über Gebühr zu belasten. Wir bleiben mit diesem Zusatzbeitrag günstiger als etliche andere Krankenkassen in Bremen und Bremerhaven“, betonte Olaf Woggan, Vorstandsvorsitzender der AOK Bremen/Bremerhaven. Er kritisierte, dass die

Gesundheitspolitik nach wie vor finanzielle Lasten auf Krankenkassen verlagere, die eigentlich von allen Steuerzahlern getragen werden müssten. „Dies betrifft zum Beispiel zu geringe Kassenbeiträge für Bürgergeldempfänger, was die Solidargemeinschaft belastet. Von einer neuen Bundesregierung erwarten wir, dass sie dieses Problem endlich löst.“

Als sehr positiv bewertete Woggan den Zuwachs um 4646 auf 285.604 AOK-Versicherte – ein Plus von 1,7 Prozent im fast abgelaufenen Jahr 2024. Die Gesundheitskasse habe damit ihre gute Entwicklung der vergangenen Jahre fortgesetzt: Betrachte man die vergangenen zehn Jahre, versichere die AOK Bremen/Bremerhaven rund 55.000 Menschen mehr als im Jahr 2015. Das bedeutet ein Wachstum um 19,2 Prozent. Positiv haben sich nach seinen Worten auch die beiden Umlagekassen entwickelt: Arbeitgeber würden durch die Absenkung der Umlagesätze für Krankheit beziehungsweise Mutterschaft entlastet. Dieser Senkung der Umlagesätze stimmte der Verwaltungsrat am Dienstag ebenfalls zu.

Nach der vorläufigen Prognose wird die AOK Bremen/Bremerhaven das Jahr 2024 mit einem leichten Plus abschließen. Das Haushaltsvolumen beträgt 1,1 Milliarden Euro für die Krankenversicherung. 2025 steigen diese Ausgaben auf rund 1,2 Milliarden Euro. Den größten Anteil daran haben die Kosten für Klinikbehandlungen mit insgesamt 391,9 Millionen Euro, die Kosten für ärztliche Behandlungen mit 188,5 Millionen Euro und die Aufwendungen für Arzneimittel mit 180,9 Millionen Euro. Die AOK rechnet mit Ausgabensteigerungen für medizinische Leistungen von 95 Millionen Euro (plus 9,2 Prozent).

Für Pflegeleistungen veranschlagt die AOK rund 304 Millionen Euro, sie fallen voraussichtlich um 26,4 Millionen Euro (plus 9,5 Prozent) höher aus als im fast abgeschlossenen Jahr. Rechnet man Kranken- und Pflegeversicherung für 2025 zusammen, wendet die AOK Bremen/Bremerhaven für die Kranken- und Pflegeversicherung insgesamt 1,5 Milliarden Euro auf.

Die AOK Bremen/Bremerhaven ist mit über 285.000 Versicherten die größte Krankenkasse im Bundesland Bremen (Marktanteil 42 Prozent). Rund 700 Beschäftigte sorgen in neun Geschäftsstellen für einen umfassenden Service und fachkundige Beratung. Für medizinische und pflegerische Leistungen für ihre Versicherten wendet die Gesundheitskasse pro Jahr über 1,5 Milliarden Euro auf.